



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

# **Freiheit, Weltoffenheit, Wachstum – für eine erfolgreiche EU**

**Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der EU-Wahl 2019**

## **Wirtschaftliche Lage und Reformen**

Beschluss des VhU-Präsidiums  
3. April 2019



## **Wirtschaftliche Lage und Reformen**

### **Mit Ordnungspolitik die wirtschaftlichen Stärken der EU entfalten**

#### **Ein schwieriges Jahrzehnt**

Die große Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 hat die Entwicklung von Wachstum, Beschäftigung und Innovationen in der EU für fast ein Jahrzehnt erheblich belastet. Die Wiederbelebung von Investitionstätigkeit und Kreditvergabe kam in einigen EU-Mitgliedstaaten bis 2017 nicht recht in Gang. Auch die Entwicklung von Produktivität, Preisen und Löhnen verlief in den vergangenen Jahren in den meisten EU-Mitgliedstaaten eher schleppend. Immerhin weisen alle EU-Mitgliedstaaten positive Wachstumsraten auf, und das wirtschaftliche Wachstum hat zyklisch angezogen. Die Beschäftigung hat wieder Vorkrisenniveau erreicht. Investitionen und Produktivität haben seit 2017 deutlich zugelegt. Auch die öffentlichen Haushalte haben sich etwas besser entwickelt. Insbesondere ist die Nettokreditaufnahme in fast allen Staaten erheblich zurückgegangen, während der Abbau von Schuldenquoten noch deutliche Zielverfehlungen aufweist. Trotz der wirtschaftlichen Erholung sind die EU-Mitgliedstaaten und ihre Volkswirtschaften aber noch weit entfernt von stabilen und dynamisch wachsenden Wirtschaftsstrukturen, wie sie zurecht von der EU angestrebt werden.

#### **Verbesserungspotentiale**

Zu diesem nach wie vor getrübbten Bild trägt ein ganzes Bündel an Ursachen bei. Dazu zählen eine schwache private und öffentliche Investitionstätigkeit, eine zu geringe Verbreitung neuer Techniken, vor allem in Form digitaler Lösungen und Geschäftsmodelle, eine zu geringe Gründungsaktivität und -finanzierung, der demographisch bedingte steigende Fachkräftemangel und ein in vielen Branchen und EU-Mitgliedstaaten zu hoher Staatsanteil, etwa im Gesundheitswesen. Zudem haben Arbeitsmarktreformen häufig eher die Beschäftigung befördert als die Qualifikation gestützt. Auch sind nicht genügend Fortschritte in der wettbewerbsfreundlichen Reform von Märkten für Güter und Dienstleistungen erzielt worden. Substantielle Verbesserungen der Bildung und Qualifikation und des unternehmerischen Umfelds sowie steuerliche Entlastungen von Arbeit, Kapital und Forschung stehen noch aus. Zudem ist nicht auszuschließen, dass es durch die anhaltenden Niedrigzinsen bereits zu Fehlallokationen von Investitionsmitteln gekommen ist, die in geldpolitischen Normalzeiten in rentierlichere Verwendungsformen geflossen wären.

#### **Den Standortwettbewerb mit Amerika und Asien meistern**

Strukturelle Reformen, die angebotsseitig wirken und nicht keynesianisch nachfragestimulierend sein sollten, sind nötiger denn je. Denn die Volkswirtschaften Europas stehen in einem internationalen Wettbewerb, der schärfer ist denn je. Dies trifft in umfassendem Sinn auf die Digitalisierung der Wirtschaft und die weltweite starke Wettbewerbsposition US-amerikanischer und chinesischer Technologieunternehmen zu. Europas Unternehmen sind zwar in vielen anderen Feldern der Wirtschaft in den vergangenen Jahren im Export erfolgreich geblieben. Sie haben aber gleichwohl Marktanteile verloren. Dies liegt auch an dem sehr viel stärkeren wirtschaftlichen Wachstum in den USA und in Asien, aber nicht ausschließlich: Europa benötigt zu lange für Innovationen, etwa um den Rechtsrahmen für einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, um eine gute digitale Infrastruktur aufzubauen und um ein Klima der „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) zum Aufbau neuer Unternehmen mit innovativen Prozessen, Produkten und Dienstleistungen zu erzeugen und zu bewahren.



## **Reformagenda bislang ohne ausreichende Erfolge**

Doch statt auf mehr dezentrale Marktprozesse, ergebnisoffenen Wettbewerb sowie auf Gewinnanreize und Haftung privater Investoren und Innovatoren zu setzen, haben die EU und einige EU-Mitgliedstaaten einen tendenziell zentralistischen Weg beschritten. Sie möchten die nationalen Wirtschaftspolitiken in der EU koordinieren. Dies soll durch eine makroökonomische Überwachung erfolgen, seit 2011 im Rahmen des sog. Europäischen Semesters. Die EU richtet darin an jeden EU-Mitgliedstaat Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik. Durch diese Praktiken soll eine konvergente wirtschaftliche Entwicklung in der EU und insbesondere in der Währungsunion gefördert werden. Die extrem expansive Geldpolitik der EZB mit Negativzinsen müsste tendenziell Reformen erleichtern, da die Geldpolitik den EU-Mitgliedstaaten Zeit für strukturelle Reformen erkaufte – allerdings zum Preis von Fehlallokationen im Zuge billigen Geldes und von künftigen Inflationsrisiken.

Diesem Koordinierungsansatz fehlen wichtige Voraussetzungen:

Erstens wäre ein Wissen über die richtige Wirtschafts- und Finanzpolitik in allen Regionen von 28 Staaten mit 500 Millionen Einwohnern erforderlich. Dies wird es wohl nie geben, da keine Person und keine Instanz die erforderlichen Informationen beschaffen, verarbeiten, bewerten und daraus Entscheidungen ableiten kann.

Zweitens erfordert der Ansatz ein effektives makroökonomisches Instrumentarium, welches sich überwiegend in den Händen der EU-Mitgliedstaaten befindet, wo sie es mehrheitlich auch belassen möchten. Zudem wäre ein wirksamer Sanktionsmechanismus erforderlich, der so streng konfiguriert und so glaubwürdig praktiziert werden müsste, dass er eine abschreckende Wirkung bei EU-Mitgliedstaaten mit Blick auf Regelverstöße entfaltet. Entsprechende Vorschläge wurden von den EU-Mitgliedstaaten regelmäßig abgelehnt.

Drittens fehlt generell die Reformbereitschaft vielerorts. Viele EU-Mitgliedstaaten nutzen die dank vermiedener Zinsausgaben großen Haushaltsspielräume nicht für kurzfristig unpopuläre, angebotsseitige Strukturreformen, wie sie z.B. Deutschland ab 2003 eingeleitet hatte. Ein wichtiger Grund dafür ist: Es fehlt in vielen Staaten der politisch-ökonomische Handlungszwang, wie er bis Mitte der neunziger Jahre durch externe Abwertungen der einzelnen Währungen spürbar war, die Importe oder Urlaubsreisen von Jahr zu Jahr teurer machten. Den Wählern wurde so zeitnah die Rechnung für ihre Wahlentscheidungen und für die Politik ihrer Staaten präsentiert.

Es ist es nicht verwunderlich, dass der Ansatz der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung der EU bisher als gescheitert gilt. Selbst die EU-Kommission räumt ein, dass nur gut ein Viertel der Empfehlungen beherzt umgesetzt, knapp die Hälfte nur mäßig umgesetzt und der Rest schlicht ignoriert wurde.

## **Europäischer Länderfinanzausgleich verhindert strukturelle Reformen**

EU und Eurozone stehen vor einem Dilemma: Innerhalb der ökonomisch grundsätzlich äußerst wünschenswerten Währungsunion fehlen Mechanismen, die die Euro-Länder veranlassen, sich an die Maastrichter Stabilitätsregeln zu halten. Politisch ist für die nötige höhere Verbindlichkeit und Durchsetzung der Regeln seit Jahren keine Mehrheit in Sicht. Im Gegenteil: Regelverstöße wurden und werden immer wieder politisch und rechtlich hingenommen. Wirtschaftlich prosperierende Euro-Länder haben sog. Krisenländern indirekt über neue Institutionen wie den ESM und über die EZB-Politik (Staatanleihekäufe, TARGET2) finanziell beigegeben. Der Reformdruck wurde immer wieder gelindert. So ist die Eurozone zunehmend mehr eine Transfer- und Haftungsunion geworden, in der – vergleichbar dem deutschen Länderfinanzausgleich – eine Mehrheit von der Minderheit finanziell alimentiert wird.



## **Ordnungspolitische Reformen in EU-Mitgliedstaaten**

Den Weg der schleichenden Ausweitung von Transfers innerhalb der Eurozone und der Vergemeinschaftung von Haftung auch in der EU sollten die EU und die EU-Mitgliedstaaten schnellstens stoppen, da er ökonomische Fehlanreize setzt, da seine rechtliche Legitimation in der Eurozone umstritten ist („No Bailout“-Regel) und da er die demokratische Akzeptanz der EU-Institutionen in den Geberländern langfristig gefährden könnte.

Empfehlenswert ist zum einen die klare und glaubwürdige Ankündigung der Geberländer und ihrer Notenbanken, innerhalb der Eurozone keine neuen Hilfen zu gewähren, auch nicht im Falle einer Krise, sondern dass langfristig angelegte „Solidarität“ vor allem über die Kohäsionspolitik und über den EU-Haushalt geleistet wird.

Zum anderen müssen dezentral ordnungspolitische Reformen in den Euroländern und den übrigen EU-Mitgliedstaaten erfolgen, die sehr unterschiedlich ausgestaltet sein können. Dafür muss vor Ort von den nationalen Politikern geworben und politisch gekämpft, bis demokratische Mehrheiten erzielt werden. Ein „top-down“-Ansatz aus Brüssel (oder Berlin, Wien, Den Haag) hat bisher nur Ressentiments geschürt. Es geht um das „Bohren dicker Bretter“ (Max Weber) und darum, dass ein EU-Mitgliedsstaat die unangenehmen Konsequenzen tragen muss, wenn seine Politiker und Wähler nur dünne oder gar keine Bretter bohren möchten. Selbstverständlich darf die EZB weder durch geldpolitische Maßnahmen noch durch ihre Ankündigungen („whatever it takes“) den Reformeifer konterkarieren. Die Option, dass ein Land die Eurozone verlässt, weil es dauerhaft die Stabilitätskriterien missachtet, darf nicht länger ausgeschlossen werden.

Die Reformen müssen das Ziel verfolgen, das Potentialwachstum der einzelnen Volkswirtschaften zu steigern. In der EU insgesamt wird es derzeit nur auf rund 1,5 Prozent geschätzt. Das ist viel zu wenig, um Herausforderungen wie Globalisierung, Demographie, Digitalisierung und Migration zu stemmen.

Defizite bei Reformen bzw. Investitionen in den Feldern Bildung, Qualifikation und Innovation, im Steuersystem, in der Infrastruktur und beim unternehmerischen Umfeld sollten vorrangig angegangen werden. Die EU und viele EU-Mitgliedstaaten lassen durch ihre fahrlässige Reformverschleppung jedes Jahr einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag an zusätzlich möglichem Output ungenutzt. Mittels Reformen, zugeschnitten auf die jeweiligen Bedürfnisse des EU-Mitgliedsstaats, ließe sich das Potenzialwachstum über wenige Jahre um einen viertel bis halben Punkt erhöhen. Dies entspricht einem mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Unterschiedliche Reformansätze werden zu unterschiedlichen Ergebnissen führen – dieser Politikwettbewerb muss zugelassen werden.